

Ratsherr Dr. Lenke erklärt, dass er der Gesamtabwägung nicht zustimmen werde.

Wie er bereits im entsprechenden Fachausschuss ausgeführt habe, stehe er dem Bebauungsplan und der Flächennutzungsplanänderung insgesamt nicht ablehnend gegenüber, vielmehr gehe es ihm um den südlichen Bereich der nicht im Regionalplan vorgesehen sei. Aufgrund der vorhandenen wertvollen Böden und der dortigen landwirtschaftlichen Nutzung äußert er Bedenken, dass hier zu weit gegriffen werde. Von vielen Anregern sei dies auch so vorgetragen worden.

Im Namen der SPD-Fraktion spricht sich Ratsfrau Koch für den Beschlussvorschlag aus, auch wenn die Themen Refinanzierung und Gewerbesteuer im Vorfeld nicht konkretisiert werden können.

Ratsherr Danz kritisiert bezüglich der Reihenfolge des Verfahrens, dass die Gesamtabwägung bereits vor dem Satzungsbeschluss gefasst werde. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass es sich hierbei um Millionenbeträge handele, bei denen die Refinanzierung nichtgesichert sei. Das müsse allen klar sein.

Bürgermeister Raetz verweist auf den Controllingbericht des Kämmers und führt aus, dass dies kein Zuschussgeschäft für Stadt oder WFEG werden soll. Zwar handele es sich hier um eine Prognose, aber er verdeutlicht, dass die Stadt in die Zukunft investiere und auch daraus resultierend entsprechende Einnahmen erwarte. Der Finanzplan habe dem Aufsichtsrat der WFEG vorgelegen und die Kosten für die Erschließung seien im städt. Haushalt eingeplant. Klar sei aber auch, dass die Stadt erst einmal in Vorlage treten müsse.

Ratsherr Logemann erklärt als Vorsitzender des Aufsichtsrates der WFEG, dass dieser, soweit es möglich war, gründlich alle Details und Aspekte betrachtet habe. Der Aufsichtsrat habe sich dann entschlossen, diesen Schritt zu wagen, um Gestaltung in der Stadt Rheinbach noch zu ermöglichen. Die allgemeinen Bedenken seien angesichts der Volumina aber durchaus verständlich und müssen in die Fachausschüsse eingebracht und diskutiert werden.